

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Bohndorf, Rädlig, Bernsdorf, Rüdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Neudorf, Ortmannsdorf, Wüllen St. Niklas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermüllen, Ruchsnappel und Lirchheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 191

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

59. Jahrgang. Donnerstag, den 19. August

Haupt-Vertriebsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1909

Dieses Blatt erscheint täglich außer Sonn- und Festtags nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Abonnementspreis: 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Expedition in Lichtenstein, Bohndorfstr. 5b, alle katholischen Postämter, Postboten, sowie die Anträger entgegen. Inserate werden die fünfzehntägige Grundzeile mit 10 Pfg. berechnet, für auswärtige Inserate mit 15 Pfg. berechnet. Kleinanzeigen 50 Pfg. Die entfallende Seite kostet die zwölffache Zeile 30 Pfg. Fernsprecher-Anschluß Nr. 7. — Telegramm-Adresse: T a g e b l a t t.

Freibank.

Heute Mittwoch nachmittag 1/5 Uhr

Fleischverkauf

rohes Rindfleisch, 4 Pfd. 40 Pfg.

Freibankmarken sind von 1/5 Uhr ab in der Polizeiwache zu haben.

Volks-Bibliothek Lichtenstein

geöffnet Sonntags von 11—12 Uhr, Mittwochs von 12—1 Uhr. Katalog 20 Pfg.

Das Wichtigste.

- * Heute feiert Kaiser Franz Josef seinen 80. Geburtstag.
- * Das Luftschiff des Grafen Zeppelin wird voraussichtlich acht bis zehn Tage in Berlin stationiert werden.
- * Ein Versuch des dänischen Abjates Dr. Hansen, im Aeroplan den Leresund zu überfliegen, ist mißglückt.
- * Nach Berichten aus Konstantinopel überreichten die kretischen Schutzmächte der Pforte eine Kollektivnote.
- * Das neue kretische Ministerium soll nach Meldungen englischer Blätter dem König von Griechenland den Treueid geleistet haben.

Die Handelspolitik.

Nachdem die Vereinigten Staaten von Amerika das Abkommen mit dem Deutschen Reich zum 7. Februar 1910 gekündigt haben, ist es natürlich, daß die Handelspolitik gegenwärtig mehr als sonst im Vordergrund der politischen Erörterungen steht. Leider findet sich darin öfter als zweckmäßig die Behauptung, daß die Auslandsstaaten erst zu Erhöhungen ihrer Zollsätze und zur Verstärkung ihres gesamten Zollschutzes übergegangen seien, nachdem das Deutsche Reich seine letzte Zolltarifrevision vorgenommen habe, ja, es wird mit einer Konsequenz, die einer besseren Sache würdig wäre, die Ansicht geäußert, daß die Auslandsstaaten ihre Zollerhöhungen nur wegen der deutschen Zollrevision vorgenommen hätten. Dieser Ansicht muß schon im Interesse einer richtigen Beurteilung der allgemeinen Handelspolitik entgegengetreten werden. Die Frage nach der chronologischen Reihenfolge der Zolltarif-erhöhungen sollte ganz aus dem Spiele gelassen werden. Die einzelnen Länder gestalten ihre Zolltarife und ihre ganze Wirtschafts- und Handelspolitik nicht nach den Vorgängen in anderen Ländern, sondern nach den eigenen Interessen.

Bei dem nahen Zusammenhange, worin die Volkswirtschaften der Einzelländer in der modernen Zeit schon wegen der Vielseitigkeit der Verkehrsmittel stehen, ist es selbstverständlich, daß die Interessen des einen Staates auch von der Gestaltung der Zolltarifverhältnisse des anderen beeinflußt werden und daß deshalb auch darauf bei Zolltarifrevisionen Rücksicht genommen wird. Das eigentlich bestimmende Moment für die Andersgestaltung der Zolltarife der Einzelländer aber sind und bleiben die Forderungen der eigenen Volkswirtschaft. Das Deutsche Reich hat seine letzte Zolltarifrevision nicht vorgenommen, weil andere Staaten Zolltarifänderungen planten oder ausgeführt hatten, sondern weil die eigenen Bedürfnisse eine Aus- und Umgestaltung der Wirtschaftspolitik verlangten. Genau so sind erst kürzlich die Vereinigten Staaten von Amerika verfahren. Man wird doch nicht etwa behaupten wollen, sie hätten sich erst zu einer Zolltarifrevision entschlossen, nachdem andere Staaten, und darunter Deutschland, im Anfange des laufenden Jahrzehntes sich neue Zolltarife zugelegt hätten. Etwas ferner pflegen die Amerikaner doch zu arbeiten.

Rein, sie sind jetzt zu einer Tarifrevision gekommen, weil die Wirtschaftsverhältnisse der Union sie verlangten. Und jeder Staat hat nicht bloß das Recht, er hat die nationale Pflicht, seine Zoll-, Wirtschafts- und Handelspolitik der Wandlung der eigenen Bedürfnisse anzupassen. Man sollte deshalb wirklich die Stellung der Frage, wer die zollpolitischen Neuerungen in den Auslandsstaaten veranlaßt, ungelassen. Die Veranlassung ist gegeben in der Aenderung der

Wirtschaftsverhältnisse der einzelnen Länder. Sie und nicht ein Vorgang in einem Auslandsstaate, und mag er für diesen noch so wichtig sein, bestimmt die Umgestaltung der Zollverhältnisse. Nur wenn diese Tatsache volle Beachtung findet, werden Zolltarifrevisionen wirklich verstanden und, was für das Deutsche Reich am wichtigsten ist, soweit dies überhaupt möglich, noch zum Besten des heimischen Erwerbslebens beeinflußt und ausgenutzt werden.

Deutsches Reich.

Berlin. (Zum Geburtstag Kaiser Franz Josefs.)

Am heutigen Mittwoch tritt Kaiser Franz Josef in sein achtzigstes Lebensjahr ein. Immer mehr erinnert der Monarch auf dem Throne der Habsburger an den großen Hohenzollern, seinen einstigen Gegner und späteren Freund und Verbündeten, Kaiser Wilhelm I. Wie dieser waltete er weit über das biblische Alter hinaus, in seltener körperlicher Rüstigkeit und gewissermaßen als verkörperte Pflichttreue seines Herrscheramtes, das besonders in der von so zahlreichen, einander befehdenden Nationen bewohnten Doppelmonarchie ein schweres und bornenvolles ist. Aber selten hat sich ein österreichischer Monarch, so wie Franz Josef II., bei allen Kämpfen seines weiten Reiches der einmütigsten und innigsten Verehrung erfreut. In Ermangelung eines gemeinsamen Nationalgeföhles bildet die Person des Herrschers in Oesterreich-Ungarn das einigende Band gewissermaßen die Personalisierung der Staatsidee. Und seit Maria Theresia hat sich in keinem österreichischen Herrscher diese Staatsidee so kräftig und wirksam verkörpert, wie in Franz Josef. Auch den Herzen der Deutschen steht das greise Geburtstagskind nahe. Und so vereinigen wir uns an diesem Tage mit den Vätern der österreichisch-ungarischen Monarchie in dem innigen Wunsch: „Gott erhalte Franz Josef, den Kaiser!“

(Großadmiral von Köster.) Wie eine Berliner Korrespondenz meldet, wird sich Großadmiral von Köster an der Spitze eines deutschen Geschwaders, das unter dem Befehl eines Kontradmirals steht, Mitte September nach New York begeben, um dort an den Hudson-Festlichkeiten, zu denen die Vertreter aller Nationen eingeladen sind, als Repräsentant des Deutschen Reiches teilzunehmen. Die Amerikaner feiern bekanntlich vom 25. September bis 9. Oktober ein nationales Doppeljubiläum. Im Oktober dieses Jahres werden es 100 Jahre, daß Henry Hudson den nach ihm benannten Fluß entdeckte, an dem später New York aufgebaut wurde; gleichzeitig feiern sie das 100jährige Jubiläum des ersten von Fulton erbauten Dampfbootes, das vor genau 100 Jahren das erste Mal den Hudson-River befuhr. Um die Kosten der Festlichkeiten zu decken, hat der Staat New York 400.000 Dollar, die Stadt New York 200.000 Dollar ausgelegt.

(Zum Tabaksteuergesetz.) Um einem in Interessentenkreisen verbreiteten Irrtum entgegenzutreten, teilt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mit, daß zur Anmeldung unverzollter ausländischer Tabakblätter, und zwar bis 21. August 1909 nur jeder Verkäufer, nicht auch Verkäufer oder Händler verpflichtet ist, sofern er diese Tabakblätter in einer öffentlichen Niederlage oder in seinem Privatlager unter amtlichem Mitverschlusse lagern hat.

(Zur Warnung.) Schwertwieg und Folgen werden für eine Köhler Kaffeebohnenfabrik dadurch entstehen, so schreibt die Köhlerische Zeitung, daß sie den Versuch gemacht hat, Kaffee der Nachverzollung zu entziehen. Um den Nachzoll für etwa 5000 Kilogramm rohen Kaffee zu erlangen, hatte die Handlung diese Menge in einem, weit ab vom Geschäft liegenden Keller, der

zu diesem Zwecke besonders angemietet war, versteckt. Bei einer eingehenden Durchsuchung des Hauses durch Beamte des Hauptzollamtes Apostelnkloster nach nachzollpflichtigen Waren wurden in dem erwähnten Keller noch 50 Ballen Kaffee im Gewichte von 3000 Kilogramm vorgefunden, 2000 Kilogramm waren in der Zwischenzeit bereits heimlich wieder entfernt und verkauft worden. Aus der Signatur der Säcke gelang es den Beamten, den Eigentümer des Kaffees zu ermitteln. Die Strafe, die der Eigentümer, unter Umständen auch der Besitzer des Kellers, zu erleiden haben, beträgt neben Einziehung des vorgefundenen Kaffees, Wertersatz für die der Beschlagnahme entzogene Menge von 2000 Kilogramm etwa 10.000 Mark.

(Das stets verdächtige Deutschland.) Der frühere Kommandeur der persischen Kavalleriebrigade und jetzige russische Regimentskommandeur Oberst Nikolai behauptet, der deutsche Einfluß in Persien wachse fortwährend. Die Gerüchte von einer bevorstehenden Entsendung deutscher Instrukteure und der Gründung einer deutschen Bank in Persien seien wohl begründet. Die Deutschen verfolgten geschickt ihre Pläne. Schon die nächste Zukunft dürfte das deutsche politische Programm erkennen lassen. Einkaufreiche Politiker der früheren wie der jetzigen Regierung begünstigten den deutschen Einfluß.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, den 18. August 1909.

* Die Wettervorhersage für morgen lautet: Südwind, heiter, warm, Gewitterneigung.

* Stadtbad. Wassertemperatur für heute: 23° C.

* Wahlversammlung. Die gestern abend von den Nationalliberalen nach dem „Goldenen Helm“ einberufene öffentliche politische Versammlung war außerordentlich stark besucht, insbesondere hatten auch die Sozialdemokraten zahlreiche Vertreter entsandt. Das Hauptreferat erhaltete der für den 15. städtischen Wahlkreis aufgestellte nationalliberale Kandidat, Herr Bürgermeister Brink-Glauchau, der sich zugleich seinen hiesigen Parteifreunden vorstellte und sein Programm entwickelte. Nachdem er sich anfangs in scharfen Worten gegen die Sozialdemokratie gewandt und betont hatte, daß der Kreis bereits 20 Jahre durch einen Nationalliberalen im Landtage vertreten worden sei, legte er dar, wie er durch den Rücktritt des jetzigen Abgeordneten, Kommerzienrat Ebret, zur Annahme der nationalliberalen Kandidatur bewegen worden sei, ging dann zu persönlichen Bemerkungen über und verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß er als Bürgermeister für die Verwaltung eines parlamentarischen Ehrenamtes nicht geeignet sei. Weiter verbreitete sich Redner über seine Auffassung von den Pflichten und der Stellung eines Abgeordneten und versuchte, mit aller Energie für den geäußerten Wunsch nach besserer Bahnverbindung Lichtenstein-Gallbergs mit Jwidan und Chemnitz einzutreten, sowie dafür, daß der Zentralisation nach den großen Städten Einhalt getan und Anhalten, die geeignet sind, dem gewerblichen Mittelstand lohnenden Erwerb zu bringen, auch in kleinere Städte gefolgt werden. Im folgenden beschäftigte sich der Referent mit den einzelnen Landtagskandidaturen im 15. städtischen Kreise und betonte, daß die Bezeichnung „Allgemeiner Wählerklub für das nationale Bürgerrecht“, die sich die Mittelständler zugelegt hätten, irreführend sei; auch die wirtschaftliche Vereinigung im Landtage würde konservative Interessen vertreten. Nach Beleuchtung der Reichsfinanzreform und des agrarischen Einflusses bei Abschluß derselben, wies Redner hin auf